

ERNEUERBARE ENERGIE

## Ringen um Ökostrom-Provisorium

Ibiza schlägt auf die Finanzierung der Energiewende durch, das neue Gesetz kommt frühestens 2021. Eine Blitznovelle noch vor der Wahl soll die ärgste Not lindern

Günther Strobl 7. August 2019, 07:00 146 Postings



Die Sonne steht tief für erneuerbare Energien in Österreich. Es fehlt an finanziellen Mitteln für die Energiewende.

Foto: Reuters / Pascal Rossignol

Wien – Die Baleareninsel Ibiza, wo sich der frühere FPÖ-Parteiboss Heinz-Christian Strache in einer Finca um seine Vizekanzlerschaft und Klubobmann Johann Gudenus um die Parteimitgliedschaft geredet haben, beeinflusst auch die Finanzierung des Ökostromausbaus in Österreich. Mit dem Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) hätte ab 2020 eine neue Grundlage geschaffen werden sollen. Das Ende der türkis-blauen Regierung führt nun zu einer Verzögerung um mindestens ein Jahr.

Damit droht der Ausbau erneuerbarer Energien ins Stocken zu geraten und das Ziel, bis 2030 den Strombedarf in Österreich übers Jahr betrachtet zur Gänze aus erneuerbaren Quellen zu decken, in weite Ferne zu rücken. Mit einer Novelle zum bestehenden Ökostromgesetz, das 2011 beschlossen und 2012 in Kraft gesetzt wurde, soll noch vor den Nationalratswahlen am 29. September Anlagenbetreibern Sicherheit gegeben werden, dass es weitergeht – irgendwie.

## Zwei Initiativanträge

Zwei Initiativanträge liegen seit Anfang Juli vor, beide mit Fristsetzung 24. September. Der eine stammt von den Abgeordneten Elisabeth Köstinger, der früheren, von der ÖVP gestellten Nachhaltigkeitsministerin, sowie den Energiesprechern von FPÖ, Axel Kassegger, Sepp Schellhorn von den Neos und Josef Lettenbichler (ÖVP).

Der zweite Antrag stammt aus der Feder von SPÖ-Energiesprecherin Muna Duzdar. Die Fristsetzung 24. September ist nicht zufällig gewählt: Am 25. und 26. September sind Plenarsitzungen im Nationalrat anberaumt, da soll die Novelle, die eine Dreiviertelmehrheit erfordert, beschlossen werden.

Vergleich von Initiativanträgen zur Novellierung des Ökostromgesetzes

ANFRÄGE >	ÖVP/FPÖ/NEOS	SPÖ
Zeitpunkt der Wirksamkeit der Zusatzmittel	2020	2019
Zusätzliche Mittel (Unterstützungsvolumen)		
für Windkraft	40 Mio. Euro	45 Mio. Euro
für Kleinwasserkraft	5 Mio. Euro	5 Mio. Euro
für Biomasse	30 Mio. Euro	nicht enthalten
Abschläge auf Tarife bei Windtarifen	10 % für 2021 gereichte 12 % für 2022 und später gereichte	enthalten, aber in der Höhe noch nicht beziffert
Eingriff in die Berechnungsmethodik*	enthalten	nicht enthalten
Photovoltaik und Speicher (Investitionsförderung)	15 Mio. Euro, davon 9 Mio. Euro für PV	20 Mio. Euro, davon 12 Mio. Euro für PV
Mittlere Wasserkraft (Investitionsförderung)	Zusätzliche Mittel von 50 auf 80 Mio. Euro	nicht enthalten

\*für die Kontingente bei Vertragsvergabe

Foto: APA/Fohringer | DERSTANDARD

Die größte Abweichung zwischen beiden Anträgen, die primär den Abbau der Warteschlangen bei Windenergie und Kleinwasserkraft im Auge haben, ist neben dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Zusatzmittel (ÖVP/FPÖ/Neos-Antrag: erst 2020; SPÖ-Antrag: noch heuer; siehe Tabelle) insbesondere die Biomasse. Die Ex-Regierungsparteien plus Neos sehen dafür zusätzliche Mittel von 30 Millionen Euro vor, die SPÖ hat dafür keine Summe angesetzt.

## **Abstimmungsgespräche**

Am Donnerstag kommen die Energiesprecher der Parteien zu ersten Abstimmungsgesprächen zusammen. Es gehe darum, "einen gemeinsamen Nenner zu finden", sagte SPÖ-Energiesprecherin Duzdar, von der die Initiative ausging, dem STANDARD. Es soll verhindert werden, dass kurz vor dem Plenum unter großem Zeitdruck nach einer Lösung gerungen werden soll.

Bei Fotovoltaik läuft die Investitionsförderung Ende 2019 aus. "Die Branche weiß nicht, wie es weitergeht", sagte Duzdar. Auch bei Wind- und Kleinwasserkraft (bis zehn Megawatt installierte Leistung; Anm.) habe sich eine lange Schlange an Projekten aufgebaut, die bereits bewilligt wurden, aber noch immer auf einen Abnahmevertrag durch die OeMAG warten. Die OeMAG, die im Auftrag des Ministeriums die Kontingente vergibt, kann dies nur nach Maßgabe der vorhandenen Mittel machen, die gedeckelt sind.

## **Wind- und Kleinwasserkraft**

Bei den Interessenvertretungen Windkraft und Kleinwasserkraft hofft man, dass es eventuell zu einer Sondersitzung des Parlaments noch im August oder Anfang September kommt, bei der auch die Initiativanträge behandelt werden könnten. "Je früher, desto besser", sagte Stefan Moidl von der IG Windkraft. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass die Novelle, wenn es keinen Konsens gibt, im Bundesrat scheitert.

Im Nationalrat verfügen ÖVP, FPÖ und Neos über eine Zweidrittelmehrheit, im Bundesrat nicht. Die nächste reguläre Sitzung des Bundesrates findet erst im Oktober, also nach der Nationalratswahl statt. Dass der Wunsch nach Klarheit noch vor der Wahl in Erfüllung geht, ist eher unwahrscheinlich. Eine Sondersitzung ist nicht geplant. (Günther Strobl, 7.8.2019)